



NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 22.09.2009,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:54



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf bis TOP 9 ö.S.

Prof. Peter Leiner ab TOP 4 ö.S.

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern



Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sarinuto Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab TOP 2 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Claus Eisenstein (Jugendamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement Landau)

Udo Hans (Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)

Hans-Joachim Malo (Sozialamt)

Elena Schwahn (Integrationsbeauftragte)

Sonstige

Thomas Hitschler (Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Alexander Ellinghaus (Bündnis 90/Die Grünen)



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Vorstellung der neuen Integrationsbeauftragten, Frau Elena Schwahn
3. Antrag des Ausländerbeirates; Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung
Vorlage: 101/021/2009
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; 50-jähriges Jubiläum Partnerschaft Landau-Ribeauvillé
Vorlage: 101/022/2009
5. Neubildung des Jugendhilfeausschuss - Wahl der Ausschussmitglieder
Vorlage: 101/023/2009
6. Wahl weiterer Mitglieder in den Schulträgerausschuss und den Sportausschuss
Vorlage: 101/030/2009
7. Wahl eines Patientenfürsprechers/einer Patientenfürsprecherin für das Klinikum Landau Südliche Weinstraße GmbH
Vorlage: 300/013/2009
8. Wahl eines Patientenfürsprechers/einer Patientenfürsprecherin für das Vinzentiuskrankenhaus
Vorlage: 300/014/2009
9. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan und Nachtragswirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML)
Vorlage: 240/007/2009
- 9.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Nachtragshaushalt 2009 - Einstellung von Investitionskosten zur Neuanschaffung von Spielgeräten
Vorlage: 101/025/2009
- 9.2. 1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2009
Vorlage: 820/005/2009
10. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Vorstellung der neuen Integrationsbeauftragten, Frau Elena Schwahn

Der Vorsitzende begrüßte die neue Integrationsbeauftragte, Frau Elena Schwahn.

Frau Schwahn sah als Aufgaben der Integrationsbeauftragten insbesondere die Netzwerkarbeit, also das Zusammenführen aller Verbände, Einrichtungen und Organisationen die sich mit Integrationsarbeit beschäftigen. Weitere Aufgabe sei die Zusammenarbeit mit dem künftigen Beirat für Migration und Integration. Im Moment arbeite sie hier zusammen mit dem Ausländerbeirat an einer Mobilisierungskampagne für die Beiratswahlen am 8. November 2009. Hauptaufgabe aber werde das Erstellen eines Landauer Konzeptes sein.

In Landau würden derzeit 2995 ausländische Mitbürger aus insgesamt 106 Nationen leben. Von den über 43.000 Einwohnern Landaus hätten 20 % einen Migrationshintergrund. Die derzeit laufende Mobilisierungskampagne habe das Ziel, möglichst viele für die Beiratswahl am 8. November zu sensibilisieren.

Die Erstellung des Landauer Konzeptes erfolge in Zusammenarbeit mit der Firma InPact aus Mainz. Diese biete für Kommunen eine kostenlose Beratung an. Zum Ende des Jahres plane sie eine Auftaktveranstaltung zu diesem Thema.

Ratsmitglied Berger bedankte sich für den Bericht und lud Frau Schwahn in die Fraktion ein, um die Thematik zu vertiefen.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann ermunterte Frau Schwahn, eine Anwältin der Migranten und Ausländer zu sein.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, wo Frau Schwahn die Schwerpunkte ihrer Arbeit setzen wolle.

Frau Schwahn erklärte, dass dies derzeit eindeutig die Mobilisierungskampagne zur Beiratswahl sei. Danach werde dann die Arbeit am Landauer Integrationskonzept im Vordergrund stehen.

Ratsmitglied Schwarzmüller bat darum, sich das Thema Bildung in Landau genauer anzusehen. Hier liege vieles im Argen.

Frau Schwahn stimmte dem zwar grundsätzlich zu. Es sei jedoch wichtig, erst mal als Grundlage ein Integrationskonzept zu erstellen um gerade solche Fragen dann vertiefen zu können.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag des Ausländerbeirates; Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ausländerbeirats, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann begründete den Antrag. Der erste Punkt sei lediglich eine Absicherung. Es sei wichtig, dass der künftige Beirat für Migration und Integration als wichtige Aufgabe angesehen werde und organisatorisch beim Hauptamt bleibe. Integration sei eine Querschnittsaufgabe und müsse so auch gesehen werden.

Der zweite Punkt zielle darauf, dass der Vorsitzende des Beirats auch in anderen Ausschüssen als dem Jugendhilfeausschuss teilnehmen könne. In anderen Städten sei dies schon lange üblich. Bisher sei dies in Landau mit dem Hinweis auf rechtliche Gründe verwehrt worden. Es gehe nicht darum, dass der neue Beirat in allen Ausschüssen vertreten ist. Vielmehr sollte der Beirat jeweils entscheiden, in welchen Ausschüssen er eine Vertretung für wichtig halte. Dies könne sich auch ändern. Der dritte Punkt sei als Erinnerung an die Informationspflicht der Verwaltung zu sehen, den Beirat über alle für ihn relevanten Punkte zu informieren. Das dies nicht immer so eingehalten werde, zeige sich bei der Besetzung der Stelle der Integrationsbeauftragten. Hier sei der Ausländerbeirat weder gefragt noch informiert worden.

Der Vorsitzende stellte klar, dass Punkt 1 nicht Abgestimmt werden könne. Dies liege in der Organisationsbefugnis des Oberbürgermeisters, er beabsichtige hier auch keine Änderung. Über Punkt 2 könne man natürlich abstimmen. Er glaube aber nicht, dass dies heute Sinn mache. Besser sei es aus seiner Sicht dies heute offen zu lassen. Der neue Beirat könne dann entscheiden, in welche Ausschüsse er wolle. Rechtlich sei dies möglich, durch eine Änderung der Geschäftsordnung.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann war damit einverstanden.

Der Vorsitzende machte bezüglich Punkt 3 des Antrages deutlich, dass eine Informationspflicht ohnehin bestehen. Daher brauche man dies auch nicht extra beschließen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man heute abstimmen sollte. Bis sich der neue Beirat konstituiert, werde es mindestens Ende November/Anfang Dezember.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Abstimmung über Punkt 2 des Antrages wird zurückgestellt, bis sich der neue Beirat für Migration und Integration konstituiert und festgelegt hat, in welche Ausschüsse er beratende Mitglieder entsenden möchte.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; 50-jähriges Jubiläum Partnerschaft Landau-Ribeauvillé

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16. August 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Nach dem Beschluss zur Gründung dieser Partnerschaft 1960 hätten sich rasch viele Bürger gefunden, die diese Partnerschaft mit Leben gefüllt hätten. Insbesondere die Feuerwehr und die Deutsch-Französische Gesellschaft seien hier zu erwähnen. Heute seien es meist nur noch Menschen aus dem öffentlichen Leben, die den Kontakt suchen würden. Dies sei Grund genug, das Jubiläum auf eine breitere Basis zu stellen. Der Antrag solle dazu beitragen, die Partnerschaft wieder neu zu beleben und auf eine breitere Basis zu stellen. Gerade die Jugend könnte von einer engeren Partnerschaft profitieren. Es würde genügend Möglichkeiten geben, das Jubiläumsjahr ansprechend zu gestalten. So könnte ein Freundschaftsspiel der Fußballvereine stattfinden, die Goetheparkplaudereien könnten sich dem Thema annehmen. Vorstellbar sei auch ein deutsch-elsässischer Bauernmarkt oder eine Weinprobe. Die Schulen könnten sich ebenso einbringen und es könnte ein Fotorätsel geben. Diese Vorschläge seien natürlich nicht abschließend zu sehen.

Ratsmitglied Doll erklärte für die CDU-Stadtratsfraktion, dass es schön sei, dass nun auch andere auf den Zug der Partnerschaft aufspringen würden. Die Partnerschaft sei schon seit Jahren wieder belebt. So habe es 2007 das Freundschaftsradeln nach Ribeauvillé gegeben mit über 100 Teilnehmern. In diesem Jahr sei man zu Gast beim Fest des Weines gewesen und es gebe die Einladung zum Gegenbesuch bei den Weintagen der Südlichen Weinstraße im Jahr 2010. Eine Planungsgruppe halte er für nicht nötig, da dies doch Aufgabe der Verwaltung sei.

Ratsmitglied Dr. Migl sah eine Planungsgruppe als positiv an. Sie halte es für wichtig, das Jubiläum auf eine breite Basis zu stellen.

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Stadtvorstand gerade in der letzten Woche in Ribeauvillé gewesen sei. Wenn er den Antrag richtig verstehe, solle das ja mehr sein als die Verwaltung ohnehin plane. Dies müsse dann aber aus der Bürgerschaft kommen. Es gehe darum auch den Blick zu weiten, was in der Stadt passiere. Man habe offiziell 3 Partnerschaften, die gelte es zu pflegen. Er sei daher auch kein Freund weiterer offizieller Pakte. Es gebe eine Reihe von Schulpartnerschaften, die seit Jahren gut funktionieren würden. Eine Besonderheit der Partnerschaft mit Ribeauvillé sei, dass dies die erste Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland gewesen sei. Insofern sei dies schon etwas besonderes. Es gebe bereits eine Ideensammlung zusammen mit den Freunden in Ribeauvillé. Er würde eine zusätzliche Planungsgruppe durchaus positiv sehen, denn beispielsweise ein Stadtfest könne die Verwaltung nicht planen.

Ratsmitglied Ludwig ging es darum, dass diese Planungsgruppe Ideen einsammle. Viele Vereine hätten bereits gute Ideen, es gehe darum diese miteinander abzustimmen.

Ratsmitglied Morio bat darum, dass die Verwaltung mal vorschläge wie diese Planungsgruppe aussehen solle, wer die Federführung habe und ob das Geld koste.

Der Vorsitzende erklärte, man werde das sehr pragmatisch angehen. Zur ersten Sitzung werde er selbst einladen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau richtet zum Jubiläum 50 Jahre Partnerschaft Landau-Ribeauvillé eine Planungsgruppe mit Mitgliedern der Verwaltung, den Vereinen, Schulen und Privatleuten ein, die ein Programm für alle Bürgerinnen und Bürger erarbeitet.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Neubildung des Jugendhilfeausschuss - Wahl der Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 11. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt aufgrund des gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die nachfolgenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses:

Nr.	Mitglied	Vertreter	Weitere Vertreter
1	Hans-Peter Thiel	Sonja Baum-Baur	Hermann Demmerle, Klaus Eisold, Dr. Maximilian Ingenthron, Dr. Hannes Kopf, Prof. Peter Leiner, Kurt Ludwig, Günter Scharhag, Michael Scheid
2	Monika Vogler	Dr. Hans-Jürgen Blinn	Hermann Demmerle, Klaus Eisold, Dr. Maximilian Ingenthron, Dr. Hannes Kopf, Prof. Peter Leiner, Kurt Ludwig, Günter Scharhag, Michael Scheid
3	Natascha Walz	Franco Casella	Hermann Demmerle, Klaus Eisold, Dr. Maximilian Ingenthron, Dr. Hannes Kopf, Prof. Peter Leiner, Kurt Ludwig, Günter Scharhag, Michael Scheid
4	Dirk Kratz*	Francesca Chillemi-Jungmann	Hermann Demmerle, Klaus Eisold, Dr. Maximilian Ingenthron, Dr. Hannes Kopf, Prof. Peter Leiner, Kurt Ludwig, Günter Scharhag, Michael Scheid
5	Dorothea Müller	Heidi Berger	Dr. Thomas Bals, Jürgen Doll, Rudi Eichhorn, Peter Heuberger, Andreas Hott, Theo Kautzmann, Wolfgang Kern, Peter Lerch, Rolf Morio, Sandro Zandonella
6	Susanne Burckhardt	Willi Prokop	Dr. Thomas Bals, Jürgen Doll, Rudi Eichhorn, Peter Heuberger, Andreas Hott, Theo Kautzmann, Wolfgang Kern, Peter Lerch, Rolf Morio, Sandro Zandonella
7	Sascha Travnicek*	Dominik Rieder*	Dr. Thomas Bals, Jürgen Doll, Rudi Eichhorn, Peter Heuberger, Andreas Hott, Theo Kautzmann, Wolfgang Kern, Peter Lerch, Rolf Morio, Sandro Zandonella
8	Martin Kolb *	Anna Hochdörffer *	Dr. Thomas Bals, Jürgen Doll, Rudi Eichhorn, Peter Heuberger, Andreas Hott, Theo Kautzmann, Wolfgang Kern, Peter Lerch, Rolf Morio, Sandro Zandonella
9	Dietrich Herdel	Susanne Schröer	Marianne Brunner, Alexander Ellinghaus,
10	Wolfgang Gauer	Wolfgang Freiermuth	Hans Volkhardt, Dr. Peter Leydecker
11	Anton Zips*	Jan Saalbach *	Jochen Silbernagel, Martin Heupel, Otto



			Pfaffmann, Dr. Elke Wissing,
12	Pia Schneider-Roth*	Annette Brummer*	Dr. Gertraud Migl



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Wahl weiterer Mitglieder in den Schulträgerausschuss und den Sportausschuss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt nachfolgende weitere Mitglieder in den Schulträgerausschuss und den Sportausschuss:

Schulträgerausschuss

Lehrervertreter

1. Susanne Roth-Wiesner, Georg-Schantz-Straße 2, 76829 Landau in der Pfalz (Grundschule Süd)
2. Friederike Beran, Reduitstraße 6, 76829 Landau in der Pfalz (Duale Oberschule/Realschule Plus)
3. Andrea Kuhn, Hans-Stichter-Straße 24, 76829 Landau in der Pfalz (Konrad-Adenauer-Realschule)
4. Hanna Burdack, Berliner Straße 48, 76829 Landau in der Pfalz (Eduard-Spranger-Gymnasium)
5. Gabriele Drumm-Wahl, Böchinger Straße 13, 76829 Landau in der Pfalz (Nordringschule)
6. Wolfgang Freiermuth, Brühlstraße 29, 76829 Landau in der Pfalz (Berufsbildende Schule)

Elternvertreter

1. Ute Hahn, An der Kreuzmühle 6, 76829 Landau in der Pfalz (Grundschule Wollmesheimer Höhe)
2. Bettina Holst, Im Vogelsang 56, 76829 Landau in der Pfalz (Michael-Ende-Grundschule Queichheim)
3. Karin Gassmann, Ebernburgstraße 1, 76829 Landau in der Pfalz (Duale Oberschule/Realschule Plus)
4. Eva Gerau, Eythstraße 1, 76829 Landau in der Pfalz (Otto-Hahn-Gymnasium)
5. Conchita Ohler, Alte Bahnhofstraße 28, 76829 Landau in der Pfalz (Nordringschule)
6. Angelika Hey, Lindelbrunnstraße 30, 76829 Landau in der Pfalz (Berufsbildende Schule)

Arbeitnehmersvertreter

Als Mitglied:

Christine Kohl, Glacisstraße 22 a, 76829 Landau in der Pfalz (DGB)

Als stellvertretendes Mitglied:

Wolf-Dieter Thomas, Glacisstraße 22 a, 76829 Landau in der Pfalz (DGB)

Arbeitgebervertreter

Als Mitglied:



Walter Windel, Limburgstraße 38, 76829 Landau in der Pfalz (Kreishandwerkerschaft)

Schülervertreter (nur beratende Mitglieder)

1. **Janina Seitz, Mörlheimer Weg 3, 76877 Offenbach
(Duale Oberschule/Realschule Plus)**
2. **Jasmin Tomasso, Schlesierstraße 10, 76829 Landau in der Pfalz
(Duale Oberschule/Realschule Plus)**
3. **Jasmin Hoos, Zeiskamer Straße 22, 67482 Freimersheim
(Duale Oberschule/Realschule Plus)**

Sportausschuss

Vertreter des Schulsports

Als Mitglied:

**Bernhard Hufnagel, Wilhelm-Schech-Straße 1, 76829 Landau in der Pfalz
(Otto-Hahn-Gymnasium)**

Als stellvertretendes Mitglied:

**Wilfried Ulbrich, Ruprechtstraße 9, 76829 Landau in der Pfalz
(Max-Slevogt-Gymnasium)**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Wahl eines Patientenförsprechers/einer Patientenförsprecherin für das Klinikum Landau Südliche Weinstraße GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 7. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, dass die Patientenförsprecher über ihre Arbeit berichten.

Bürgermeister Hirsch schlug vor, die Patientenförsprecher im Sozialausschuss berichten zu lassen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

Frau Maria Pogorzelski, Landeckstraße 2, 76829 Landau in der Pfalz

zur Patientenförsprecherin für das Klinikum Landau Südliche Weinstraße GmbH.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Wahl eines Patientenfürsprechers/einer Patientenfürsprecherin für das Vinzentiuskrankenhaus

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 7. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

Herrn Professor Dr. Gerhard Seither, Am Gutleuthaus 13, 76829 Landau in der Pfalz

zum Patientenfürsprecher für das Vinzentiuskrankenhaus.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan und Nachtragswirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 27. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es sei üblich, beim Nachtragshaushalt keine großen Haushaltsreden zu halten. Genau so wenig würden im Nachtrag neue Prioritäten gesetzt. Der Nachtragshaushalt sei vielmehr eine Anpassung an die aktuelle Entwicklung. Das Jahr 2009 sei ein wirtschaftlich schwieriges Jahr, nicht nur für die Stadt Landau. Die Wirtschaftskrise schlage auch bei den Städten und Gemeinden durch, allerorten würden die kommunalen Einnahmen wegbrechen. Hier machen sich hohe Kurzarbeiterzahlen ebenso bemerkbar wie steigende Arbeitslosenquoten. Auch bei uns habe man mit mittlerweile 6 % Arbeitslosenquote einen für unsere Verhältnisse hohen Stand. Man habe immer versucht gegenzusteuern und komme vielleicht auch deshalb im Grunde im Nachtrag mit einem blauen Auge davon. Gründe hierfür seien der wirtschaftliche Branchenmix und die staatlichen Interventionen aus dem Konjunkturpaket II. Das dies auf Pump sei, sei die Schattenseite des ganzen.

Die Finanzsituation sei bei einem Defizit von 20,6 Millionen Euro keineswegs befriedigend. Das bilanzierte Eigenkapital von 232,5 Millionen Euro reiche noch 11 Jahre, wenn sich an den Rahmenbedingungen nichts verändere. Sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt gebe es leichte Verbesserungen. Dagegen steige der Gesamtkreditbedarf von 3,378 Millionen Euro auf jetzt 4,789 Millionen Euro. Damit werde der genehmigte Kreditbedarf um 1,411 Millionen Euro überschritten, dies sei mit der Aufsichtsbehörde noch zu verhandeln. Er habe es abgelehnt eine Haushaltssperre zu verhängen, da dies auch kontraproduktiv zu dem parallel laufenden Konjunkturprogramm wäre. Bei der Gewerbesteuer habe man ein leichtes Plus von 100.000 Euro auf jetzt 16,6 Millionen Euro gegenüber dem Ansatz. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres von 19,6 Millionen Euro zeige sich das Ausmaß der Wirtschaftskrise. Der Rückgang der Einkommensteuer um 1,057 Millionen Euro sei ein weiteres Indiz hierfür.

Nahezu unverändert sei der Bereich Jugend und Soziales mit einem städtischen Zuschussbedarf von 26 Millionen Euro bei Gesamtaufwendungen von 41 Millionen Euro. Hier zeige sich der Grund der finanziellen Schieflage. Der springende Punkt sei aber, dass man knapp 60 Millionen Euro an Kassenkrediten auf dem städtischen Girokonto habe, um den laufenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Diesem Betrag stünden keinerlei Investitionen gegenüber. Dabei profitiere man im Moment noch von der Niedrigzinsphase. Wenn die Zinsen nur um 1 % ansteigen, mache dies 600.000 Euro aus. Dies sei eine tickende Zeitbombe.

Beim Gebäudemanagement steige das laufende Defizit um 278.000 Euro auf jetzt 902.000 Euro. Insbesondere die höheren Bewirtschaftungskosten durch den kalten Winter seien hierfür verantwortlich. Bei den Investitionen des GML gebe es die wesentlichsten Änderungen beim Haus Mahla, den Planungskosten für die Berufsbildende Schule, den Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II und der Verschiebung der Rundsporthalle.

Im Kernhaushalt gebe es mehrere Gründe für den höheren Kreditbedarf. So gebe es Verzögerungen bei den Grundstücksveräußerungserlösen, die neue Telefonanlage schlage mit 223.000 Euro zu Buche, ein Löschgruppenfahrzeug sei beschafft worden und es sei notwendiger Grunderwerb getätigt worden. Sehr erfreulich sei, dass man nun mit dem Verkauf der Parzelle 5 a den Auftakt zur Entwicklung des ehemaligen Bauhofgeländes setzen konnte.

Es seien erste Signale spürbar, dass das Konjunkturprogramm II Wirkung zeige.

Für 2010 könne man sich auf äußerst schwierige Haushaltsberatungen einstellen. Dies werde allen keinen Spass machen. Die Situation werde von Jahr zu Jahr schwieriger, aber bisher habe man es immer wieder geschafft keinen Schiffbruch zu erleiden. Dabei sei es auch wichtig zu betonen, dass es sich im Grunde um strukturelle Probleme handle. Selbst wenn man alle freiwilligen Ausgaben kürzen würde, könnte man den Haushalt nicht ausgleichen. Immer wieder gebe es auch für den Rat den Spagat zwischen der Finanznot und den vielen notwendigen Investitionen zu bewältigen.



Man habe unter Federführung der Controllerin eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung eingerichtet. Die Gruppe habe die Aufgaben alle Positionen auf Einsparpotenzial zu durchforsten.

Bisher habe man sich als Verwaltung immer auf den Rat verlassen können. Er hoffe, dass dies auch mit dem neuen Stadtrat so sei.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass der Nachtragshaushalt in der Kontinuität zum Haushalt 2009 stehe. Prägend für diesen Nachtragshaushalt sei das Konjunkturpaket des Bundes und des Landes gewesen. Es sei Ironie des Schicksals, dass die Krise der Stadt Finanzzuflüsse beschert habe, von denen man gar nicht mehr zu träumen gewagt habe. Änderungen habe es aber auch wegen der wichtigen Investitionen für die Stadtentwicklung gegeben. Er wolle hier nur den Obertorplatz, die Bahnsteigerhöhung am Hauptbahnhof und den Umbau des Hauses Mahla zu einer kommunalen Kindertagesstätte nennen. Der Neubau der Zoogaststätte sei zudem ein wichtiges Signal für den Erhalt der Lebensqualität unserer Stadt. Er hoffe, dass dieses Signal als Start für die dringend notwendige Zooerweiterung verstanden werde.

Spielplätze seien durchaus ein wichtiges Thema. Daher könnte man dem Antrag der UBFL von der Sache her zustimmen. Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion sei dennoch falsch am Platz, denn er gehöre nicht zu den Nachtragshaushaltsberatungen. Man sollte diesen Antrag noch mal bei den Beratungen zum Haushalt 2010 zum Thema machen. Dabei sollte man eine Gesamtbilanz machen und sehen, welche Angebote es insbesondere für Kleinkinder es gebe. Die Verwaltung müsse sich die Spielplätze mal durchschauen. Neben den im Antrag genannten Spielplätzen in Wollmesheim und Queichheim gebe es auch noch andere Spielplätze, wo Not am Mann sei. Zu diesem wichtigen Thema wolle sich die SPD etwas mehr Zeit nehmen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Morio stellte fest, dass der Nachtragshaushalt nicht der Platz für große Grundsatzreden sei. Für die CDU-Fraktion sei es erfreulich, dass sich der Ergebnishaushalt trotz der Finanzkrise um 77.000 Euro verbessert habe. Bedenklich aber noch erträglich sei jedoch, dass der Gesamtkreditbedarf um rund 1,4 Millionen Euro steige. Dies sei im wesentlichen den zusätzlichen Investitionen aus dem Konjunkturprogramm II geschuldet. Unerfreulich sei die Entwicklung der Kassenkredite mit derzeit rund 60 Millionen Euro. Diese Kassenkredite dienten dem laufenden Betrieb, ihnen stünden keine Investitionen gegenüber. Die CDU habe dies schon mehrfach thematisiert und werde auch weiterhin darauf hinweisen. Hier müsse die Verwaltung Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Erfreulich sei, dass die Gewerbesteuer trotz der Wirtschaftskrise und der mehrfachen Senkung des Hebesatzes stabil geblieben sei.

Er sei der Überzeugung, dass man äußerst schwierigen Haushaltsberatungen für das Jahr 2010 entgegen sehe. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ratsmitglied Schröer erkannte an, dass durch die Investitionen aus dem Konjunkturprogramm II die notwendigen Investitionen zur Schulsanierung vorangetrieben würden. Dadurch steige aber auch der Kreditbedarf über den von der ADD ursprünglich genehmigten Bedarf. Die von der Verwaltung hier aufgezeigte Lösung stehe nicht auf sicheren Beinen. Der hohe Rückgang bei der Einkommensteuer von über 1.000.000 Euro mache deutlich, dass man erst am Anfang der Krise stehe. Sicher sei, dass der Tiefpunkt erst noch komme. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen lehne den Nachtragshaushalt ab.

Ratsmitglied Volkhardt sah in der leichten Verbesserung des Ergebnishaushalts keinen Silberstreif am Horizont. Der Oberbürgermeister habe davon gesprochen, dass die Stadt Landau mit dem Nachtragshaushalt auf Kurs bleibe. Er bezweifle allerdings, dass man überhaupt noch eine Handbreit Wasser unter dem Kiel habe. Eine Verbesserung habe man auch deswegen zu verzeichnen, weil sich die derzeitige Niedrigzinsphase positiv auf die Finanzierung der Liquiditätslücke auswirke. Neue Maßnahmen seien im Nachtrag nicht angemeldet worden, daher werde man auch dem Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion nicht zustimmen. Dem vorliegenden Nachtragshaushalt werde die FWG-Stadtratsfraktion zustimmen.



Ratsmitglied Silbernagel bezeichnete die finanzielle Lage der Stadt Landau als kritisch und brisant. Es sei richtig gewesen, den Hebesatz der Gewerbesteuer zu senken. Dies sehe man am Ergebnis im Nachtragshaushalt. In Anbetracht der Finanz- und Wirtschaftskrise könne man zufrieden sein, dass es nicht noch schlimmer gekommen sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl verwies darauf, dass die UBFL bereits den ursprünglichen Haushalt abgelehnt habe. Im Wirtschaftsplan der GML seien 500.000 Euro für Modernisierungsmaßnahmen veranschlagt gewesen. Tatsächlich seien aber nur 310.000 Euro verausgabt worden. So könne man natürlich auch sparen. Angesichts des unbestrittenen Sanierungsbedarf hätte man hier zumindest den veranschlagten Betrag investieren sollen. Das GML beabsichtige, das gekaufte Haus in der Limburgstraße wieder zu veräußern. Es würde aus ihrer Sicht mehr Sinn machen, das Haus zu behalten und einer Familie bezahlbaren Wohnraum zu bieten.

Im Nachtragshaushalt seien Ausgaben von 133.000 Euro für die Landesgartenschau vorgesehen. Man könne nicht ernsthaft sagen, Landau stehe mit dem Rücken an der Wand und dann solche Ausgaben tätigen. Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 100.000 Euro sei zwar erfreulich, insgesamt sei es aber doch ein deutlicher Rückgang. Weiter sei der Verkauf der Parzelle 5a im Nachtragshaushalt enthalten. Die UBFL sei gegen diesen Verkauf und eine solch extreme Bebauung, wie sie vorgesehen sei. Zur Begründung ihres Antrages sei festzustellen, dass aus Sicherheitsgründen eine ganze Reihe von Spielgeräten abgebaut würden. Dadurch vermindere sich natürlich die Qualität der Spielplätze. Sie verschließe sich nicht dem Gedanken, insgesamt die Qualität der Spielplätze zu erhöhen. Hier gehe es aber darum, dass es durch den Abbau von Spielgeräten eine deutliche Verschlechterung auf einigen Spielplätzen geben werde. Deshalb sei es ihr wichtig, dass hier 60.000 Euro zusätzlich in den Nachtragshaushalt kämen. Als Einsparvorschlag schlage sie vor, den Ansatz für die Landesgartenschau von 133.000 Euro einzusparen. Es sei nicht gerechtfertigt, sich angesichts eines Defizits von 20 Millionen Euro auf ein Abenteuer wie die Landesgartenschau einzulassen. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne den Nachtragshaushalt ab.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die UBFL schon erklären müsse, welche Investitionen man angesichts des Defizits zurückfahren wolle. Hier müsse man dann auch ehrlich sein. Man ringe jedes Jahr um dringend notwendige Investitionen. Man werfe ja kein Geld zum Fenster raus. Im Gegenteil investiere man längst nicht alles was man eigentlich investieren müsste. Es sei ja keine Frage, dass einige Spielplätze zum Teil sanierungsbedürftig seien. Da sei man sich ja einig. Aber hier sei nicht der Platz um das zu diskutieren. Dieser Antrag gehöre in die Haushaltsberatungen für 2010, dort sei der richtige Platz. Zur Ehrlichkeit gehöre auch darüber zu reden, ob man sich Seilbahnen auf Spielplätzen angesichts immer weiter steigender Sicherheitsauflagen überhaupt noch leisten könne und wolle. Die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II wirkten sich positiv auf die Stadt Landau aus. Natürlich erhöhe sich dadurch der Kreditbedarf, aber man mache hier nur Sachen die auch sinnvoll seien. Die Landesgartenschau sei eine eigene Diskussion. Klar sei aber, dass das Land hier nur Mittel bewillige werde, wenn klar sei, dass es sich um eine städtebauliche Maßnahme handle. Hier gehe es auch um die wirtschaftliche Zukunft der Stadt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1.	im <u>Ergebnishaushalt</u>	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	91.685.208,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>112.258.579,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 20.573.371,00 €
2.	im <u>Finanzhaushalt</u>	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	86.710.608,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>101.960.184,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-15.249.576,00 €



die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.900.757,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>8.925.715,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 3.024.958,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	18.274.534,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.711.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	16.563.534,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	110.885.899,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>112.596.899,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 1.711.000,00 €
3. Verpflichtungsermächtigungen	9.478.662,00 €
4. über die <u>Wirtschaftspläne</u>	
Gebäudemanagement Landau	
Erfolgsplan	
Erträge	11.140.000,00 €
Aufwendungen	<u>12.060.000,00 €</u>
Jahresfehlbetrag:	- 920.000,00 €
Vermögensplan	
Einnahmen	7.098.100,00 €
Ausgaben:	7.098.100,00 €
<u>Verpflichtungsermächtigungen</u>	
für das Jahr 2010	3.562.000 €
Gesamtbetrag der Kredite	1.763.900,00 €
Gesamtbetrag der Kassenkredite	2.500.000,00 €
5. über den <u>Nachtragsstellenplan</u>	



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9.1. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Nachtragshaushalt 2009 - Einstellung von Investitionskosten zur Neuanschaffung von Spielgeräten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 14. September 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Antrag wurde gemeinsam mit Punkt 9 behandelt. Es wird auf die dortige Protokollierung verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 3 Ja,- 38 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, im Rahmen des Nachtragshaushalts 2009 60.000 Euro an Investitionskosten für die Neuanschaffung von Spielgeräten für die Spielplätze in den Ortsteilen bereitzustellen, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9.2. (öffentlich)

1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2009

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 27. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Punkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 9 beraten. Es wird auf die dortige Protokollierung verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2009 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan	
Erträge	11.140.000,-- EURO
Aufwendungen	12.060.000,-- EURO

Vermögensplan	
Einnahmen	7.098.100,-- EURO
Ausgaben	7.098.100,-- EURO

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird für das Jahr 2010 festgesetzt auf 3.562.000,-- EURO

Zur Erfüllung der Verpflichtungsermächtigungen müssen in den zukünftigen Haushaltsjahren für 2010 voraussichtlich 626.000,-- EURO Investitionskredite aufgenommen werden.

Der Gesamtbetrag der Kredite wird festgesetzt auf 1.763.900,-- EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 2.500.000,-- EURO



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion mit E-Mail vom 16. September 2009 gebeten habe, nach Vorliegen erster sicherer Ergebnisse der Expertenkommission zur Geothermie im Stadtrat zu berichten. Einen solchen Bericht habe er eh für den Stadtrat vorgesehen. Zudem werde er nach Vorliegen dieses Berichtes ein weiteres öffentliches Bürgerforum einberufen.

Bei der Bürgerversammlung seien viele Menschen da gewesen, mehr als man erwartet habe. Es sei trotz der Betroffenheit sehr sachlich diskutiert worden. Die Tendenz gehe auch bei der Bevölkerung dahin, der Geothermie eine weitere Chance zu geben. Klar sei aber auch, dass man Nebenwirkungen in Form von seismischen Beben nicht akzeptieren könne. Es gehe darum, die Menschen die in Landau leben und die, die man durch den neuen Wohnpark Am Ebenberg gewinnen möchte, zu schützen. Man sei sich in der Verwaltung, aber auch bei der Energie Südwest und der Firma Geox der großen Verantwortung bewusst. Die gesamte Geothermiewelt schaue auf Landau.

Im Moment würden die Experten noch beraten, gleichwohl gebe es Hinweise auf kausale Zusammenhänge zwischen der Geothermieanlage und den Beben. Allerdings gebe es auch Vermutungen, dass es auch andere Ursachen geben könnte. Man sei in enger Abstimmung mit Staatssekretär Schweitzer, die Auflagen des Landes würden alle umgesetzt. Die Anlage sei im Moment nicht in Betrieb. Wenn die Auflagen des Landes komplett umgesetzt seien, werde es einen sechsmonatigen Probetrieb geben. Alle Beteiligten seien mit großem Optimismus in diese Technologie gegangen und seien nun überrascht über die aufgetretenen Probleme. Diesen müsse man sich stellen, wobei klar sei, dass die Sicherheit vorgehe. Klar sei, dass die Versicherungssumme erhöht werden müsse und dass gemeldete Schäden bevorzugt behandelt werden müssten. Die Menschen dürften sich nicht alleine gelassen fühlen. Keiner könne im Moment sagen, ob das nochmals auftreten werde. Bei weiteren Beben werde es sicher sehr schwierig für diese Technologie.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass sie sich einerseits auch Gedanken über die Sicherheit mache. Man müsse aber auch sagen, dass der Energieanspruch der Menschen hoch sei. Nur die Risiken wolle keiner eingehen. Wenn man am neuen Wohnpark Am Ebenberg 3000 Menschen ansiedeln wolle, dann müsse man auch sagen, wie die Energieversorgung aussehen solle. Es sei doch klar, dass Energie viel teurer werde. Alle die nun über Schäden klagen, seien die ersten die Schreien wenn der Benzinpreis steige und das Gas teurer werde. Was sei denn eigentlich wirklich passiert? Sie verstehe nicht, was hier eigentlich diskutiert werde. Die Menschen, die im Umfeld des Atomkraftwerks Philippsburg wohnen hätten ein erhöhtes Leukämierisiko, vor allem Kinder. Da habe sie lieber ein paar Risse im Haus als Leukämie. Jeder wolle mehr Energie, aber keiner mehr bezahlen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man die Ängste der Menschen, die dort wohnen, ernst nehmen müsse. Nur wenn die Bevölkerung bereit sei, diesen Weg der Geothermie mitzugehen, habe da seine Zukunft. Daher sei der Weg in die Öffentlichkeit richtig gewesen, um sachlich und fachlich fundiert zu informieren. Es gehe hier ganz klar um eine Risikoabwägung.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron dankte der Verwaltung und dem Oberbürgermeister für die schnelle Reaktion. Er finde auch, dass die Diskussion beim Bürgerforum sehr gut gewesen sei. Es seien auch viele konstruktive Anregungen dabei gewesen. Man müsse als Verwaltung und Stadtrat deutlich machen, dass man wachsam bleibe. Von Anfang an habe man die Chancen und Risiken dieser Technologie betont. Die Risiken waren und blieben auch groß. Trotz aller Schwierigkeiten und Risiken sollte es nach wie vor das Ziel sein, diese Technologie zu fördern.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass man sich beim Start des Geothermiewerkes einig gewesen sei, dass dies eigentlich eine interessante und gute Zukunftstechnologie sei. Sie sei rohstoffunabhängig und umweltfreundlich. Im Kern sei dies immer noch richtig. Von daher sei es wichtig, dieser Technologie eine Zukunftsperspektive zu geben. Aber es sei erforderlich, dass die Bürgerschaft bereit sei den Weg mitzugehen. Dafür müsse man nun etwas tun und kämpfen, damit die Bürgerschaft auch wirklich mitgehe. Im Moment gebe es diffuse Ängste und Befürchtungen im emotionalen Bereich, Ängste um



das Hab und Gut, um Wohnungen und Häuser. Die CDU habe sich in einem Schreiben an den Wirtschaftsminister gewandt und klar gemacht, dass diese Unsicherheiten ausgeräumt werden müssten. Er halte es für eine sinnvolle Sache, wenn das Land eine Sicherheitserklärung abgebe. Die Haftungsabsicherung von 10 Millionen Euro sei sehr gering. Hier müsse nachgebessert werden.

Der Vorsitzende erwiderte, dass im Grund genommen dann die Stadt Landau eine solche Sicherheitserklärung abgeben müsse, da man viel mehr mit dem Kraftwerk verbunden sei als das Land. Dies sei aber völlig absurd. Vielmehr müsse die Versicherungssumme angehoben werden, da sei man sich vollkommen einig. Natürlich müsse man in sofern Sicherheit geben, dass gemeldete Schäden auch entschädigt werden. Dies sei ein Rechtsverhältnis zwischen den Betroffenen und der Geox als Betreibergesellschaft. Das Land habe ja als Bedingung für den Weiterbetrieb unter anderem die Erhöhung der Versicherungssumme zur Auflage gemacht.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass die Menschen, die bei der Bürgerversammlung gewesen seien, deutlich Ängste gehabt hätten; Ängste vor Schäden an den Häusern durch Risse. Die momentane Versicherungssumme von 10 Millionen Euro sei deutlich zu wenig. Letztendlich sei aber nicht viel passiert. Die Experten rechneten zwar damit, dass es immer wieder zu leichten seismischen Bewegungen kommen könne. Dies sei aber kein Grund zur Panik. Man dürfe hier auch keine Tür für diese Technologie zuschlagen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man die Versicherungssumme ja auch in Relation zu den tatsächlichen Schäden sehen müsse. Ein Haus koste in der Regel um die 250.000 bis 300.000 Euro. Bei Rissen in den Wänden spreche man von einem Schaden von vielleicht 6.000 Euro. Daher dürfe man das nicht dramatisieren. Es sei kein Haus eingestürzt und es werde auch in Zukunft kein Haus einstürzen.

Ratsmitglied Dr. Wissing bezweifelte, dass die Diskussion die man heute führe, etwas fruchte. Es sei nötig, dass die Experten ein schnelles Gutachten vorlegen. Darin sollte eine klare Prognose enthalten sein. Erst dann könne man die Dinge besser abschätzen und eine Entscheidung treffen, wie man mit der Geothermie weiter umgehe.

Ratsmitglied Dr. Migl sah ebenfalls noch Informationsdefizite. Es wäre daher verfrüht, jetzt schon etwas konkretes zu sagen. Gleichwohl müsste bekannt sein, dass es hier im Rheingrabengebiet aufgrund seines Aufbaus eine Erdbebengefahr gebe. Man sollte sich auch nicht zu sehr auf die Versicherung verlassen. Beispiele aus anderen betroffenen Städten zeigten, dass sich die Versicherung oft gar nicht zuständig fühle. Die Stadt sei über die Beteiligung an der Betreiberfirma GeoX mithaftbar, dass könne man nicht automatisch auf die Versicherung abschieben. Man sollte schnellstmöglich klären, was die Versicherungen leisten könnten. Die derzeitige Versicherungssumme von 10 Millionen Euro sei lachhaft. Ebenso müsse man schnellstmöglich entscheiden, ob man das Risiko weiter eingehen könne. Hier sei man schon ein wenig in der Bredouille. Die Experten sollten hier schnellstmöglich das Gutachten vorlegen und ihre Meinung abgeben.

Der Vorsitzende teilte die Auffassung, dass ein schnelles Gutachten nötig sei. Er warne aber, vor zu hohen Erwartungen. Die Experten würden auch nicht völlig helfen können. Es würden Fragen offen bleiben. Letztlich müsse man gemeinsam eine Entscheidung treffen, ob es weitergehe oder nicht. Den Bürgern müsse man alle Erkenntnisse offen legen, es werde nichts verheimlicht. Gemeinsam müsse man dann den Weg Stück für Stück weitergehen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass den Ratsmitgliedern als Tischvorlage der Sitzungskalender für 2010 vorliege.

Beigeordneter Klemm wies noch mal auf die Aktion Stadtradeln hin. Bedauerlich sei, dass sich aus den Reihen des Stadtrates nur wenige angemeldet hätten. Insgesamt seien es aber bisher über 30 Anmeldungen.





Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 22.09.2009 umfasst 15 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 59.

Vorsitzender

gez.

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

gez.

Markus Geib
Schriftführer

Gesehen:

gez.

Thomas Hirsch
Bürgermeister

gez.

Rudi Klemm
Beigeordneter

gez.

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete